

Bericht

des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 1044), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen zugestimmt wird (Zahl 19 - 648) (Beilage 1090).

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen zugestimmt wird, in ihrer 13. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. März 2009, beraten.

Landtagsabgeordneter Stacherl wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Stacherl den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Berichterstatter gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Eisenstadt, am 4. März 2009

Der Berichterstatter:

Stacherl eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Dr. Moser eh.